

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Freiheitlich demokratische Grundordnung schützen - islamistischen Terror ächten und bekämpfen

In den vergangenen Jahren hat die Gefährdung durch islamistischen Terror in Deutschland stetig zugenommen. Bereits das Grundgesetz sieht vor, dass Handlungen, die geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, verfassungswidrig und unter Strafe zu stellen sind. Im Lichte des schrecklichen Anschlags von Paris sowie den jüngsten Erkenntnissen um bestehende islamistische Verbindungen bis nach Thüringen gilt es, die freiheitlich demokratische Grundordnung aktiv zu schützen.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert:

1. in allen Landkreisen eine Beratungsstelle für Angehörige einzurichten, deren Verwandte sich dem Salafismus zuwenden,
2. Programme zum Ausstieg aus dem Salafismus zu initiieren und diese dem Landtag bis zum Novemberplenium 2015 vorzulegen,
3. im Rahmen einer Bundesratsinitiative
 - a) die Einführung der Strafbarkeit des Werbens für in- und ausländische terroristische Vereinigungen zu initiieren;
 - b) eine Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes herbeizuführen, so dass Deutsche mit mehrfacher Staatsangehörigkeit, die sich Organisationen zum bewaffneten Kampf gegen die Werte des Grundgesetzes im In- oder Ausland anschließen, die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren;
 - c) auf die Verhinderung der Ausreise gewaltbereiter Salafisten in Krisengebiete hinzuwirken, um so deren Kampf und weitere Radikalisierung im Ausland zu verhindern;
 - d) eine bundesgesetzliche Grundlage für die Vorratsdatenspeicherung unter Berücksichtigung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs auf den Weg zu bringen.

Begründung:

In Syrien, im Irak und in anderen Ländern begehen dschihadistische Salafisten abscheuliche Greuelthaten. Bei ihren Verbrechen berufen sie sich auf den Islam und missbrauchen damit ihre Religion, um zügellose Gewalt, Vertreibung und Tod zu rechtfertigen. Die Terrororganisation "Islamischer Staat" beabsichtigt, ein Kalifat nach ihren radikalislamischen Vorstellungen aufzubauen und führt Krieg gegen alle Andersgläubigen

und vermeintlich Unreinen, darunter auch viele Muslime. Der "Islamische Staat" droht zum Vorbild in anderen Staaten zu werden, in denen zahlreiche Muslime oder fanatische Glaubensanhänger leben, auch in Europa. Hunderte junger Männer und Frauen aus Deutschland haben sich in Syrien oder anderswo dem Krieg gegen alle "Ungläubigen" angeschlossen. Auch in Europa und Deutschland selbst werden die Anhänger des extremistischen Salafismus aggressiver und gefährlicher. Die islamistischen Terroranschläge von Paris, Moskau, London, Madrid und anderen europäischen Städten, die Ermordung US-amerikanischer Soldaten am Flughafen Frankfurt am Main, der verhinderte Bombenanschlag im Bonner Hauptbahnhof oder Patrouillen einer selbsternannten Scharia-Polizei in Wuppertal zeigen eine erhebliche Gefährdung für die Sicherheit und die Freiheit der Menschen in Deutschland.

Die Antwort hierauf muss klar sein: Gewaltbereiter Salafismus und Islamismus haben in Deutschland keinen Platz. Sie müssen entschieden und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden.

Für die Fraktion:

Mohring